



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
am 3. Dezember 2019
Rathaus, Raum 301 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Coigné Stellv. Vorsitzende
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 17:06 Uhr	Ende: 18:44 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen Drucksachenlisten (DL Nrn. 43/19, 63/19, 69/19, 70/19)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung meldet sich Herr Leschnik (IG Bauen-Agrar-Umwelt) zur Bürgerfragestunde zu Wort:

Er fragt zu dem Thema „Schwarzarbeit“, ob es möglich wäre, dass ein zusätzlicher Ausschuss gebildet wird, an dem Gewerkschaftsvertreter, die Vergabestelle und die zuständigen Mitglieder des Ausschusses beteiligt werden.

Stv. Coigné verweist auf TOP I/5 der Tagesordnung und die vorhandene Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung. Stv. Pfeifer schlägt vor, Herrn Leschnik bei dem TOP I/5 als sachkundigem Bürger das Rederecht zu erteilen. Der Antrag wird bei Enthaltung Stv. Knauer angenommen.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Anwesenheit:

Stv. Schuchalter-Eicke ist nicht anwesend
Stv. Hebenstreit ist nicht anwesend
Stv. Dr. Lork ist nicht anwesend
Stv. Dr. Delbasteh ist nicht anwesend
Stv. Brüder vertritt Stv. Lohrmann anwesend ab TOP I/1 (17:13 Uhr)

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Tagesordnung vom 28.11.2019

Öffentliche Sitzung

Tagesordnung I

0107 Tagesordnung

Die Tagesordnungspunkte I/3 und I/4 werden gemeinsam beraten.

Es erfolgt zuerst die Beschlussfassung zur Tagesordnung II (Punkte 1 und 2).

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig genehmigt

0108 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.10.2019

Einstimmig genehmigt

Bereich Wirtschaft:

0109 19-F-05-0027

Das „Wiesbaden-Stipendium“ - ein Leuchtturmprojekt für die Gründerregion

- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.06.2019 -

- Überweisungsbeschluss Nr. 455 der Stadtverordnetenversammlung vom 31.10.2019 -

Stv. Dr. Völker beantragt in Ziffer 1 (2. Spiegelstrich) die Worte Auswahlverfahren (statt Auswahl) und Branchen zu ergänzen.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 3. Dezember 2019

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Da die Haushaltsplanberatungen im Haupt- und Finanzausschuss abgeschlossen sind soll der letzte Halbsatz zu Ziffer 1 „und den Fraktionen möglichst noch vor den Haushaltsplanberatungen (notfalls in Form von Zwischenberichten) Bericht zu erstatten“ gestrichen werden.

Bürgermeister Dr. Franz macht den Vorschlag, bis zu der Sitzung des Ausschusses am 17.03.2020 zunächst zu den in dem Antrag gezeigten Handlungsfeldern eine Bewertung abzugeben, einschließlich einer Darstellung der bisherigen Fördermöglichkeiten und einer Einschätzung zur Umsetzbarkeit und Machbarkeit eines Wiesbaden-Stipendiums.

Stv. Dr. Völker beantragt, den Vorschlag von Bürgermeister Dr. Franz zu übernehmen.

Der Antrag wird mit den Änderungsanträgen abgestimmt:

Gegen L&P bei Enthaltung SPD angenommen

Die Tagesordnungspunkte I/3 (Antrags Nr. 19-F-01-0014) und I/4 (Antrags Nr. 19-F-03-0022) werden gemeinsam beraten. Die Protokollierung erfolgte unter Beschluss Nr. 110 (Antrags Nr. 19-F-01-0014) und gilt auch entsprechend für den Beschluss Nr. 111 (Antrags Nr. 19-F-03-0022).

0110 19-F-01-0014

Gemeinsam umwelt- und klimafreundlich feiern - Die Landeshauptstadt als Partnerin der Vereine und Verbände.

- Beschluss Nummer 98 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 22.10.2019 -

- Hier: Benennung weiterer Teilnehmer/innen für die Projektgruppe -

Es werden folgende weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Projektgruppe benannt:

- Fraktionen (CDU: Herr Seidensticker, AfD: Herr Dr. Lork, L&P: Frau Coigné, Herr von Seemen/, FW-BLW: Frau Becht)
- Entsorgungsbetriebe der LH Wiesbaden
- Simon Röttloff als Ansprechpartner der Dacho

Abstimmung: Einstimmig angenommen

Bürgermeister Dr. Franz schlägt vor, zusätzlich das Umweltdezernat und das Umweltamt zu den Teilnehmern hinzuzufügen, da der Umweltdezernent in dem Beschluss des Ausschusses Nr. 97 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung (in dem Antrag der CDU vom 12.09.2019) genannt ist.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Abstimmung: Gegen Bündnis 90/Die Grünen angenommen

Bürgermeister Dr. Franz schlägt vor, zuerst über die 4 Großveranstaltungen in Wiesbaden im Bereich des Wirtschaftsdezernates zu berichten, was insbesondere unter dem Aspekten Umweltschutz und Nachhaltigkeit bereits praktiziert wird.

Stv. Knauer stellt den Antrag auf Ende der Diskussion:
Bei Enthaltung Bündnis 90/Die Grünen angenommen

Stv. Pfeifer übernimmt den Vorschlag des Bürgermeisters und beantragt zusätzlich, dass auf Grundlage des Berichtes entschieden werden soll, wie mit der Projektgruppe weiter verfahren wird.

Stv. Hagenmüller hält dazu die Gegenrede

Gegen Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung Linke&Piraten angenommen

0111 19-F-03-0022

Umwelt- und klimafreundlich feiern - Nachhaltigkeitskonzept für Wiesbadener Feste
- Beschluss Nummer 97 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 22.10.2019 -

- Hier: Benennung weiterer Teilnehmer/innen für die Projektgruppe -

Die Protokollierung unter Beschluss Nr. 110 (Antrags Nr. 19-F-01-0014) gilt entsprechend.

Gegen Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung Linke&Piraten angenommen

Bereich Beschäftigung:

0112 19-V-23-0301

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe bekämpfen
- Beschlüsse Nr. 22 und Nr. 23 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 26.03.2019 -

Zu dem Punkt wird von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein Antrag vorgelegt.

Stv. Coigné teilt mit, dass in der letzten Sitzung festgelegt wurde, dass die Sitzungsvorlage auch durch den Beteiligungsausschuss beraten werden soll.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Von verschiedenen Ausschussmitgliedern wird vorgeschlagen, die Sitzungsvorlage zusammen mit dem Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur endgültigen Beratung an den Beteiligungsausschuss zu überweisen.

Bei Enthaltung Bündnis 90/Die Grünen angenommen

Bereich Frauen:

0113 19-F-21-0057

Evaluation Mutterschutzgesetz
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2019 -

Einstimmig angenommen

0114 Aktuelles aus dem kommunalen Frauenreferat

Frau Veit-Prang teilt u. a. mit, dass es zu dem Projekt „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“ einen schriftlichen Bericht geben wird.

Kenntnisnahme

Bereich Allgemeines:

0115 17-A-54-0006

Auswärtige Sitzungen des Ausschusses

Bei dem Verein pro familia soll nachgefragt werden, ob eine der nächsten beiden Sitzungen (04.02.2020 oder 17.03.2020) dort stattfinden kann.

Der Verein Exina soll für eine der nächsten beiden Sitzungen eingeladen werden.

Bis zur nächsten Sitzung am 04.02.2020 können die Ausschussmitglieder weitere Vorschläge machen.

Einstimmig angenommen

0116 Verschiedenes

Keine Wortmeldung

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung II

0117 19-F-08-0055

Wohnsitzlose Frauen in Wiesbaden

- Bericht des Dezernates VI vom 24.10.2019 an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Einstimmig angenommen

0118 19-V-82-0007

Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Märkte der
Landeshauptstadt Wiesbaden (Marktgebührensatzung)

Bei Enthaltung der FDP angenommen

Anlagen

Wiesbaden, 20.01.2020

Stellv. Vorsitzende

Schriftführer

Coigné

Morbe